

Günther, Aaron; Potrafke, Niklas; Schmid, Ramona; Scholten, Emil

## Article

# Der schwarz-rote Koalitionsvertrag im Ökonomentest

ifo Schnelldienst

### Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Günther, Aaron; Potrafke, Niklas; Schmid, Ramona; Scholten, Emil (2025) : Der schwarz-rote Koalitionsvertrag im Ökonomentest, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 78, Iss. 06, pp. 61-66

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/321363>

#### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

#### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Daten und Prognosen

# Der schwarz-rote Koalitionsvertrag im Ökonomentest

Aaron Günther, Niklas Potrafke, Ramona Schmid und Emil Scholten

## In Kürze

Die Teilnehmenden des 51. Ökonomenpanels von ifo und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* blicken mit gespaltenen Meinungen auf den Koalitionsvertrag der neuen schwarz-roten Bundesregierung. Aus ökonomischer Perspektive wird der Vertrag insgesamt gemischt bewertet und nur knapp 30% der Teilnehmenden erwarten, dass die Koalition die wirtschaftspolitischen Herausforderungen erfolgreich meistern wird. Bei der Bewertung einzelner Maßnahmen schneiden die geplante Reform des Bürgergelds, Änderungen bei der Unternehmensbesteuerung und der Personalabbau in der Bundesverwaltung positiv ab. Kritisch gesehen werden hingegen die Ausweitung der „Mütterrente“, Steuervergünstigungen für Agrardiesel und die reduzierte Umsatzsteuer in der Gastronomie.

Am 5. Mai 2025 haben die Vorsitzenden von CDU, CSU und SPD ihren 144 Seiten starken Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ in Berlin unterzeichnet. Damit beginnt die fünfte schwarz-rote Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Vor diesem Hintergrund widmet sich das 51. Ökonomenpanel von ifo und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* der ökonomischen Bewertung des Koalitionsvertrags von CDU/CSU und SPD. An der Umfrage im Zeitraum vom 6. bis zum 13. Mai 2025 nahmen 179 VWL-Professorinnen und VWL-Professoren teil.

## Uneinigkeit bei der Bewertung des Koalitionsvertrags

Jeweils ca. ein Drittel der teilnehmenden Ökonominen und Ökonomen bewerten den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD entweder positiv bzw. sehr positiv (33%), neutral (33%) oder negativ bzw. sehr negativ (32%). Mit „Weiß nicht“ antworten 2% (vgl. Abb. 1). Auf der einen

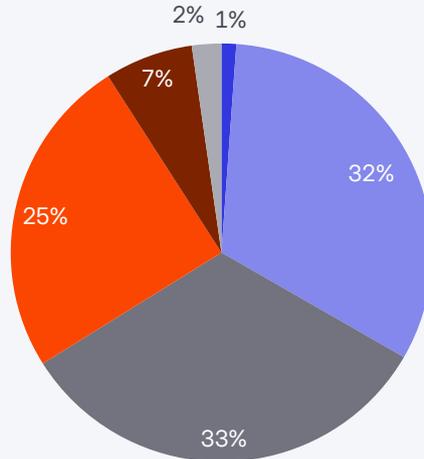
Seite werden die Reform der Schuldenbremse und die damit verbundenen Investitionsmöglichkeiten als positive Impulse genannt. Vor allem das Bekenntnis zu Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung wird positiv bewertet. Des Weiteren sind die Teilnehmenden bei der geplanten Entbürokratisierung sowie bei Änderungen der Unternehmenssteuern positiv gestimmt. Auf der anderen Seite verweisen die VWL-Professorinnen und VWL-Professoren auf die im Koalitionsvertrag nicht adressierten demografisch bedingten Strukturprobleme. Sie sehen zentrale Probleme wie nötige Reformen beim Thema Rente und Sozialsystem nicht berücksichtigt. Auch im Bereich der Klimapolitik würde zu wenig unternommen. Insgesamt fehle der Mut, dringende Strukturreformen prioritär anzugehen. Viele der geplanten Ausgaben (z.B. durch Änderungen bei der „Mütterrente“) dienen eher dem kurzfristigen Verbrauch und seien daher wenig zukunftsweisend. Auch sehen die teilnehmenden Ökonominen und Ökonomen noch keine

Abb. 1

**Stimmungsbild zum Koalitionsvertrag**

Wie bewerten Sie den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD aus ökonomischer Sicht insgesamt?

■ Sehr positiv ■ Eher positiv ■ Neutral ■ Eher negativ ■ Sehr negativ ■ Weiß nicht



Quelle: Ökonomenpanel Mai 2025.

© ifo Institut

überzeugenden Lösungen, Deutschland im internationalen Standortwettbewerb wieder attraktiver zu machen. Zwar eröffnete der Koalitionsvertrag die Möglichkeit, eine wachstumsförderliche Politik zu ergreifen, dem Ernst der Lage werde er aber nur unzureichend gerecht.

Die teilnehmenden Professorinnen und Professoren sehen den schwarz-roten Koalitionsvertrag damit deutlich kritischer als den Vertrag der Ampel-Koalition aus dem Jahr 2021. Damals bewerteten 60% der Teilnehmenden den Ampel-Koalitionsvertrag insgesamt positiv, während ihn nur 19% negativ einschätzten. Weitere 19% zeigten sich neutral (Gründler et al. 2022).

**Mehrheit zeigt sich unentschieden über wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung**

Knapp die Hälfte (44%) der teilnehmenden VWL-Professorinnen und VWL-Professoren sind der Bewältigung der wirtschaftspolitischen Herausforderungen durch die schwarz-rote Koalition gegenüber neutral eingestellt (vgl. Abb. 2). Mit „Gut“ antworten 29% der Teilnehmenden, 26% mit „Schlecht“ bzw. „Sehr schlecht“. Mit „Weiß nicht“ antwortet 1%. Die überwiegend uneindeutigen Antworten begründen die Ökonominen und Ökonomen mit Bedenken hinsichtlich der politischen Differenzen zwischen den Regierungsparteien. So hätten CDU/CSU und SPD in vielen Punkten sehr unterschiedliche Vorstellungen (z. B.

Steuersenkungen vs. Steuererhöhungen oder beim Mindestlohn).

Diese Erwartungen an die neue Regierung ähneln denen, die die Teilnehmenden des Ökonomenpanels im Dezember 2021 gegenüber der Ampel-Koalition äußerten. Damals zeigte sich die Mehrheit (52%) in dieser Frage neutral, ein Viertel erwartete eine gute Bewältigung der wirtschaftlichen Herausforderungen und lediglich 15% blickten mit negativen Erwartungen auf die damalige Regierung (Gründler et al. 2022).

**Bewertung der einzelnen Vorhaben**

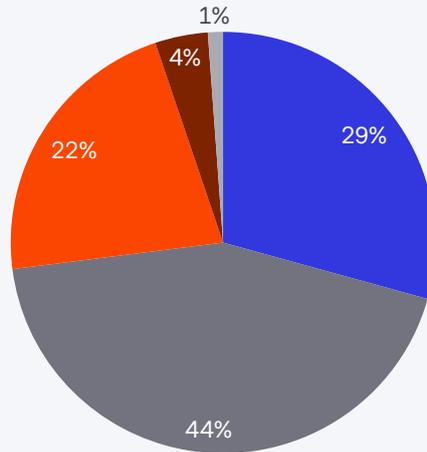
Bei der Bewertung konkreter Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD haben die Ökonominen und Ökonomen unterschiedliche Meinungen (vgl. Abb. 3). Besonders positiv werden die geplanten degressiven Abschreibungen von 30% auf Ausrüstungsinvestitionen sowie die perspektivische Senkung der Körperschaftsteuer ab 2028 gesehen (84% bzw. 56% bewerten sie mit „Gut“ bzw. „Sehr gut“). Weitere Vorhaben, die breite Zustimmung bei den Teilnehmenden erfahren, sind die Reform des Bürgergelds zu einer „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (61% antworten mit „Gut“ bzw. „Sehr gut“) und der Abbau von Stellen in der Bundesverwaltung um 8% (66% antworten mit „Gut“ bzw. „Sehr gut“). Im Gegensatz dazu stoßen die Anhebung der Pendlerpauschale auf

Abb. 2

**Wirtschaftliche Herausforderungen**

Wie wird Ihrer Meinung nach die schwarz-rote Regierung die wirtschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Legislaturperiode bewältigen?

■ Gut ■ Neutral ■ Schlecht ■ Sehr schlecht ■ Weiß nicht



Quelle: Ökonomenpanel Mai 2025.

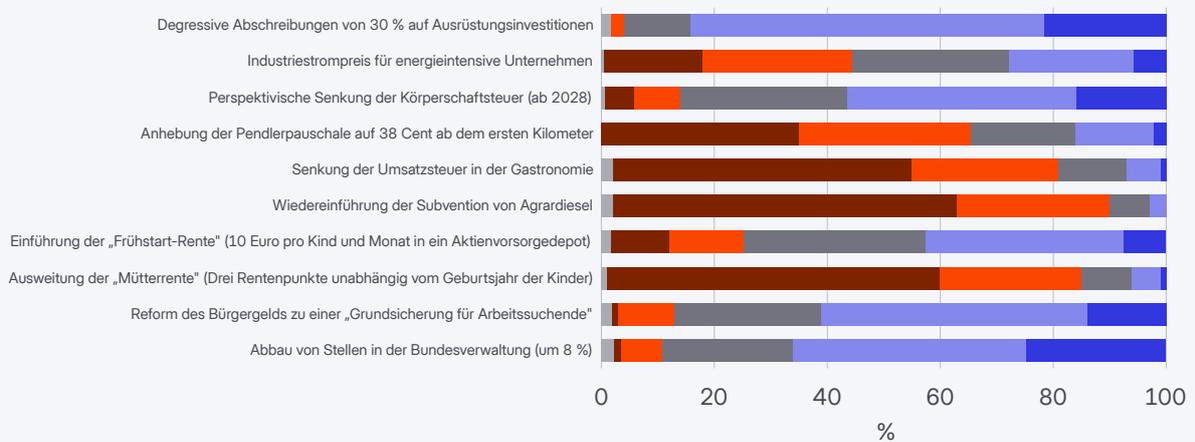
© ifo Institut

Abb. 3

**Bewertung der Vorhaben im Koalitionsvertrag**

Wie bewerten Sie folgende im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben aus ökonomischer Sicht?

■ Weiß nicht ■ Sehr schlecht ■ Schlecht ■ Neutral ■ Gut ■ Sehr gut



Quelle: Ökonomenpanel Mai 2025.

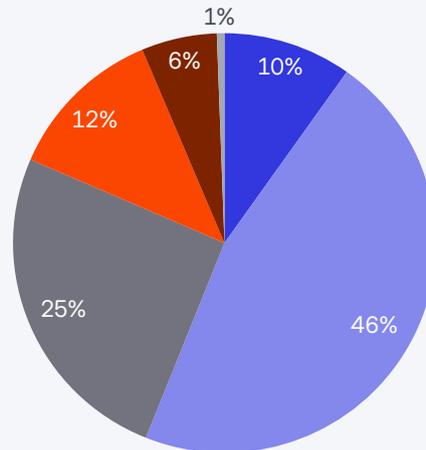
© ifo Institut

Abb. 4

**Bewertung der Einrichtung mehrerer Kommissionen**

Wie beurteilen Sie die Einrichtung von mehreren Kommissionen zur Erarbeitung von möglichen Reformvorschlägen, z.B. im Bereich der Rentenpolitik oder der sozialen Sicherung?

■ Sehr positiv ■ Eher positiv ■ Neutral ■ Eher negativ ■ Sehr negativ ■ Weiß nicht



Quelle: Ökonomenpanel Mai 2025.

© ifo Institut

38 Cent ab dem ersten Kilometer (66%), die Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie (79%), die Ausweitung der „Mütterrente“ (drei Rentenpunkte unabhängig vom Geburtsjahr der Kinder) (84%) und die Wiedereinführung der Subvention von Agrardiesel (89%) größtenteils auf negative Resonanz und werden mit „Schlecht“ bzw. „Sehr schlecht“ bewertet. Uneinigkeit herrscht unter den VWL-Professorinnen und VWL-Professoren hinsichtlich des Industriestrompreises für energieintensive Unternehmen und bei der Einführung der „Frühstart-Rente“ (10 Euro pro Kind und Monat fließen in ein Aktienvorsorge depot).

### Einrichtung verschiedener Kommissionen wird mehrheitlich befürwortet

Die schwarz-rote Bundesregierung plant, 15 Expertenkommissionen einzusetzen, um Antworten auf wichtige Zukunftsfragen zu finden. Dieses Vorhaben bewerten 56% der Ökonominen und Ökonomen mit „Sehr positiv“ bzw. „Eher positiv“. Ein Viertel der Teilnehmenden antwortet mit „Neutral“ und 18% mit „Eher negativ“ bzw. „Sehr negativ“. Mit „Weiß nicht“ antwortet 1% (vgl. Abb. 4). Allgemein wird ein Expertenrat für verschiedene Themen positiv eingeschätzt. Auch würden Kommissionen keine (oder zumindest weniger) Rücksicht auf parteipolitische Interessen und Wahlversprechen nehmen. Demgegenüber führen Skeptiker des Vorhabens vor allem an, dass es nicht an Erkenntnisgewinn mangle, sondern an der Umsetzung von

Reformen. So würden bereits zahlreiche Vorschläge auf dem Tisch liegen und es nur an Entscheidungen fehlen. Allgemein wird von den Teilnehmenden häufig angemerkt, dass die Einrichtung zahlreicher Kommissionen notwendige Reformen eher verzögere als beschleunige.

### Digitalministerium findet breite Zustimmung

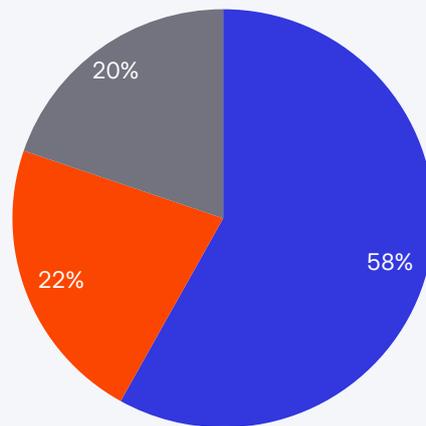
58% der teilnehmenden Ökonominen und Ökonomen sprechen sich dafür aus, ein neues Ministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung zu schaffen. Dem gegenüber stehen 22% der Teilnehmenden, die dies kritisch sehen, sowie 20%, die mit „Weiß nicht“ antworten (vgl. Abb. 5). Befürworter führen vor allem die Wichtigkeit des Themas Digitalisierung und den hohen Nachholbedarf in diesem an. Auch habe die bisherige Handhabung und Koordination kaum Fortschritte gebracht. Man habe nun Hoffnung in die geplante Bündelung von Kompetenz. Außerdem würde ein eigenes Ministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung die Wichtigkeit und notwendige Priorität des Themas unterstreichen. Negative Stimmen verweisen auf mögliche höhere Ausgaben und Bürokratie. Auch gäbe es bereits genug Ministerien und das Thema der Digitalisierung müsse in jedem der anderen Ministerien ebenfalls berücksichtigt werden.

Abb. 5

**Ministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung**

Befürworten Sie die Schaffung eines neuen Ministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung?

■ Ja ■ Nein ■ Weiß nicht



Quelle: Ökonomenpanel Mai 2025.

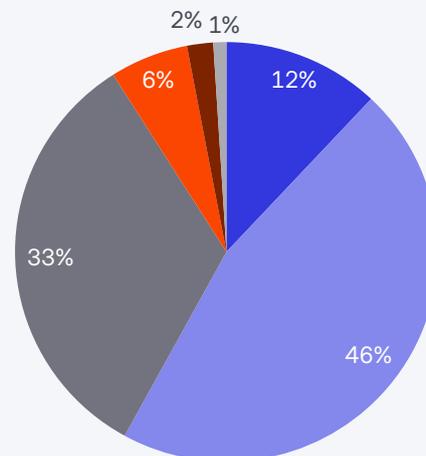
© ifo Institut

Abb. 6

**Unternehmenserfahrung im Kabinett**

Wie bewerten Sie die Auswirkungen der Besetzung des Wirtschafts- und Digitalministeriums mit Personen, die über unmittelbare Unternehmererfahrung verfügen, auf das Wirtschaftswachstum?

■ Sehr positiv ■ Eher positiv ■ Neutral ■ Eher negativ ■ Sehr negativ ■ Weiß nicht



Quelle: Ökonomenpanel Mai 2025.

© ifo Institut

## Unternehmerischer Hintergrund in Ministerien wird begrüßt

In der neuen Bundesregierung übernehmen zwei Führungskräfte mit umfassender Unternehmenserfahrung zentrale Ministerien: Katherina Reiche, bisherige Geschäftsführerin der E.ON-Tochter Westenergie, wird Wirtschaftsministerin, und Karsten Wildberger, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Ceconomy AG sowie Geschäftsführer der Media-Saturn-Holding GmbH, leitet das neu geschaffene Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung. Die teilnehmenden VWL-Professorinnen und VWL-Professoren sehen hier mehrheitlich ein positives Signal. Etwa 58% bewerten die personelle Besetzung mit „Sehr positiv“ bis „Positiv“. Rund ein Drittel der Teilnehmenden steht dem unternehmerischen Hintergrund neutral gegenüber und weniger als 10% antworten mit „Sehr negativ“ bzw. „Negativ“. Mit „Weiß nicht“ antwortet 1% (vgl. Abb. 6). Positive Stimmen heben vor allem die möglichen neuen Perspektiven aus der Wirtschaft hervor und hoffen, dass dies „frischen Wind“ in die Ministerien bringe. Jedoch wird auch angemahnt, dass unternehmerische Erfahrung neben volkswirtschaftlicher Expertise nützlich sei, diese aber nicht ersetzen könne. Auch könne die nötige politische Vernetzung und Durchsetzungsstärke fehlen.

Empirische Studien zeigen, dass Managementenerfahrung in der Politik – konkret von Regierungschefs – in der Tat zu markorientierter Wirtschaftspolitik führt, die wiederum das Wirtschaftswachstum erhöht (Potrafke 2025). Inwieweit sich die Unternehmererfahrung von Ministerinnen und Ministern in der Wirtschaftspolitik niederschlägt, muss noch besser erforscht werden. •

### Referenzen

Gründler, K., N. Potrafke und F. Ruthardt (2022), „Der Ampel-Koalitionsvertrag im Ökonomentest“, *ifo Schnelldienst* 75(1), 52–56.

Potrafke, N. (2025), „The Economic Consequences of Businesspeople in Politics: A Survey“, *European Journal of Political Economy* 86, 102620.